Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie

Arbeitsanleitungen zur Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung StVZO § 52

Az.: 7320 a 52 - VII/6a - 4 598

Blatt: C 52 / 3

Sonderregelung für Fahrzeuge der örtlichen Einrichtungen organisierter Erster Hilfe (sog. First Responder bzw. Helfer vor Ort)

vom: 08.10.2003

vgl. Art. 20 Abs. 3 Satz 7 BayRDG

Seite 1 von 2

und Merkblatt

In Bayern sind verschiedentlich sog. First Responder bzw. Helfer vor Ort tätig. Diese Einheiten werden derzeit von den Feuerwehren und den Hilfsorganisationen getragen. Deren Fahrzeuge sind i. d. R. mit Sonderwarneinrichtungen ausgerüstet. Problem

Sog. First Responder bzw. Helfer vor Ort sind örtliche Einrichtungen organisierter Erster Hilfe nach Art. 20 Abs. 3 Satz 7 BayRDG, die Fahrzeuge sind jedoch keine Einsatz- bzw. Kommandofahrzeuge der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes bzw. des Rettungsdienstes i.S.v. Rechtsgrundlage
§ 52 Abs. 3 Nr. 2 StVZO. Für die Ausrüstung mit Sonderwarneinrichtungen ist deshalb eine Ausnahmegenehmigung nach § 70 Abs. 1 Nr. 2 StVZO erforderlich.

Im Einvernehmen mit dem StMI, dem StMASFF und dem StMGEV werden ergänzend zu den Vollzugshinweisen des StMI zur Alarmierung und zum Einsatz von örtlichen Einrichtungen organisierter Erster Hilfe die Regierungen gebeten, Ausnahmegenehmigungen zu erteilen: Zuständigkeit für Ausnahme

Abweichend von §§ 52 Abs. 3 Nr. 2 und 55 Abs. 3 StVZO dürfen die Fahrzeuge der örtlichen Einrichtungen organisierter Erster Hilfe (sog. First Responder bzw. Helfer vor Ort) mit Sonderwarneinrichtungen (Kennleuchten für blaues Blinklicht und Einsatzhorn) ausgerüstet werden, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind: von StVZO

1. Die Zuordnung zur organisierten Ersten Hilfe ist durch eine Bestätigung der örtlichen Rettungsleitstelle nachzuweisen. Aus dieser muß sich ergeben, daß das Fz in den aktuellen Alarmierungsplan eingebunden ist und dem der Rettungszweckverband zugestimmt hat. Voraussetzungen
2. Die örtliche Einrichtung organisierter Erster Hilfe muß die alleinige Verfügungsgewalt über das Fahrzeug besitzen; auf die Eigentumsverhältnisse kommt es nicht an.

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie

Arbeitsanleitungen zur Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung StVZO § 52

Az.: 7320 a 52 - VII/6a - 4 598

Blatt: C 52 / 3

Sonderregelung für Fahrzeuge der örtlichen Einrichtungen organisierter

Vom: 08.10.2003

Erster Hilfe (sog. First Responder bzw. Helfer vor Ort)

Seite 2 von 2

3. Sonderwarneinrichtungen müssen bauartgenehmigt und vom Fahrzeugher-
insbesondere hinsichtlich der elektromagnetischen Verträglichkeit
(EMV) und des Unfallverhaltens (Überschlag, Crash) für das jeweilige
Fahrzeug schriftlich freigegeben sein, dies kann angenommen werden,
wenn der Fz-Hersteller das Fahrzeug mit der Ausrüstung geliefert hat.
Zulässig sind auch Kennleuchten und Einsatzhörner, die die einschlägigen
EU-Richtlinien erfüllen, d.h. mit den zutreffenden e-Zeichen versehen sind. Voraussteller
setzungen
4. Das blaue Blinklicht darf nur fest angebaut sein, wenn das Fahrzeug aus-
schließlich als Einsatzfahrzeug der örtlichen Einrichtung organisierter Erster
Hilfe voll ausgerüstet betrieben werden soll. Ansonsten ist das blaue Blink-
licht bzw. eine technische Einheit aus blauem Blinklicht und Einsatzhorn
schnell abnehmbar auszuführen; das gilt nicht, wenn in der übrigen Zeit das
Fahrzeug aus anderem Grund dauernd blaublichtberechtigt ist (z.B. Einsatzfahr-
zeug der Feuerwehr).
5. Das Einsatzhorn darf nur dann verwendet werden können, wenn Blaulicht abge-
strahlt wird. Die richtige Schaltung muß von einem amtlich anerkannten Sach-
verständigen für den Kraftfahrzeugverkehr (TÜV) bestätigt worden sein und ist
auch Gegenstand von Untersuchungen nach § 29 StVZO.
6. Ein erklärendes Schild "Erste Hilfe-Einsatz" wird empfohlen; es soll retro-
reflektierend sein.
7. Erforderlich ist eine Versicherungsbestätigung, welche den Einsatz des Fz
für die örtliche Einrichtung organisierter Erster Hilfe, die Ausrüstung mit
Sonderwarneinrichtungen sowie die Verwendung der Sonderwarneinrichtun-
gen im Rahmen des § 38 StVO einbezieht.

Soweit Sonderwarneinrichtungen dauerhaft an Kraftfahrzeugen der Feuer-
wehren, des Katastrophenschutzes und des Rettungsdienstes i.S. von § 52 Abs. 3
StVZO angebracht sind, dürfen diese Fahrzeuge ausschließlich zu Fahrten ein-
gesetzt werden, die diesen Diensten oder dem Dienst der örtlichen Einrichtungen
organisierter Erster Hilfe (sog. First Responder bzw. Helfer vor Ort) zuzuordnen sind.
Leicht abnehmbare Sonderwarneinrichtungen sind abzunehmen, wenn das Fahrzeug
außerhalb dieser Dienste benutzt wird. Allgemeine
Auflage

In die Fahrzeugpapiere ist unter Ziff. 33 einzutragen:

*"ausnahmsweise anerk. als Fz für örtl. Einr. org. Erster Hilfe,
Auflagen nach mitzuführendem Merkblatt, Datum, Genehmigungsbehörde"*

Eintragung

Die Zulassungsbehörden werden ermächtigt, die Ausnahme
gebührenfrei in die Fz-Papiere einzutragen.

ohne
Gebühr

**Merkblatt der Bayerischen Staatsministerien
des Innern sowie für Wirtschaft, Verkehr und Technologie
für die Besetzung von Fahrzeugen der örtlichen Einrichtungen organisierter Erster Hilfe
(sog. First Responder bzw. Helfer vor Ort)**

Ihr Fahrzeug darf als Fahrzeug für sog. First Responder bzw. Helfer vor Ort - unter Würdigung der Bestimmung zum Einsatz der organisierten Ersten Hilfe - nach § 70 Abs. 1 Nr. 2, in Verbindung mit § 52 Abs. 3 und § 55 Abs. 3 StVZO, ausnahmsweise mit Sonderwarneinrichtungen (Kennleuchten für blaues Blinklicht und Einsatzhorn) ausgerüstet sein.

Damit einerseits diese Aufgabe erfüllt und andererseits die Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigt wird, sind folgende Auflagen einzuhalten:

1. Soweit Sonderwarneinrichtungen dauerhaft an Kraftfahrzeugen der Feuerwehren, des Katastrophenschutzes und des Rettungsdienstes i.S. von § 52 Abs. 3 StVZO angebracht sind, dürfen diese Fahrzeuge ausschließlich zu Fahrten eingesetzt werden, die diesen Diensten oder dem Dienst der örtlichen Einrichtungen organisierter Erster Hilfe (sog. First Responder bzw. Helfer vor Ort) zuzuordnen sind. Leicht abnehmbare Sonderwarneinrichtungen sind abzunehmen, wenn das Fahrzeug außerhalb dieser Dienste benutzt wird.
2. Der Gebrauch der Sonderwarneinrichtungen
-- ist nur unter den Voraussetzungen des § 38 StVO (siehe unten) zulässig und ordnet grundsätzlich nur das sog. Wegerecht (§ 38 Abs. 1 Satz 2 StVO) an.
-- befreit grundsätzlich nicht von den Verhaltensregeln der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO).
3. Die Verkehrsvorschriften sind grundsätzlich zu beachten. Allenfalls unter dem Aspekt des rechtfertigenden Notstandes (§ 16 OWiG) kann von den Vorschriften abgewichen werden, d.h. wenn eine anders nicht abwendbare Gefahr (z.B. für Leib oder Leben) vorliegt. Dies ist gegebenenfalls - speziell nach Unfällen mit Gebrauch von Blaulicht - nachzuweisen.
4. Als Fahrer dürfen nur Personen eingesetzt werden, die eine einsatzspezifische Fahrausbildung (Blaulichteinweisung; Sicherheitstraining, Ortskunde) nachweisen können; diese ist in regelmäßigen Abständen zu wiederholen.
5. Die Vollzugshinweise des StMI zur Alarmierung und zum Einsatz von örtlichen Einrichtungen organisierter Erster Hilfe sind zu beachten.
6. Die Wirkung der Ausnahmegenehmigung erlischt für dieses Fahrzeug, wenn es nicht mehr in den aktuellen Alarmierungsplan eingebunden ist.

Zur Information werden nachfolgend die einschlägigen Vorschriften wiedergegeben:

StVO - § 38 - Blaues Blinklicht und gelbes Blinklicht.

(1) Blaues Blinklicht zusammen mit dem Einsatzhorn darf nur verwendet werden, wenn höchste Eile geboten ist, um Menschenleben zu retten oder schwere gesundheitliche Schäden abzuwenden, eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung abzuwenden, flüchtige Personen zu verfolgen oder bedeutende Sachwerte zu erhalten. Es ordnet an: „Alle übrigen Verkehrsteilnehmer haben sofort freie Bahn zu schaffen.“

(2) Blaues Blinklicht allein darf nur von den damit ausgerüsteten Fahrzeugen und nur zur Warnung an Unfall- oder sonstigen Einsatzstellen bei Einsatzfahrten oder bei der Begleitung von Fahrzeugen oder von geschlossenen Verbänden verwendet werden.

OWiG - §16 - Rechtfertigender Notstand.

Wer in einer gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren Gefahr für Leben, Leib, Freiheit, Ehre, Eigentum oder ein anderes Rechtsgut eine Handlung begeht, um die Gefahr von sich oder einem anderen abzuwenden, handelt nicht rechtswidrig, wenn bei Abwägung der widerstreitenden Interessen, namentlich der betroffenen Rechtsgüter und des

Grades der ihnen drohenden Gefahren, das geschützte Interesse das beeinträchtigte wesentlich überwiegt. Dies gilt jedoch nur, soweit die Handlung ein angemessenes Mittel ist, die Gefahr abzuwenden.